

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 1,50 RM., Restanalezeile 4,50 RM.

Ausgabenanträge in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Pöcherstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Gesendet wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 8.— RM. oder unseren Boten ins Haus gebracht 8,00 RM Einzelnummer 65 Hg.

Bestellkräfte und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Pöcherstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amthliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 72

Donnerstag, den 22. Juni 1922.

61. Jahrgang

Die Not Deutsch-Oesterreichs.

Die letzten Nachrichten, die aus Wien zu uns gelangen, haben gezeigt, daß der selbständige Staat Deutsch-Oesterreich, die in freieschaffter Unverantwortlichkeit den Deutsch-Oesterreichischen Staat schufen, die Meinung behauptet, daß dieses künstliche Staatsgebilde von Bestand sei, so sind sie heute angeführt der katastrophalen Entwertung der österreichischen Währung eines anderen belehrt worden. Die österreichische Krone hat einen Tiefstand erreicht, der nur noch vom russischen Sowjetrußel überboten wird. Am Ende des vergangenen Jahres notierte der Dollar noch 1200 Kronen; heute notiert er 16 000 Kronen; die jährliche Krone 320 notiert er 36 000 Kronen in vergangenen Jahre. Das Staatsdefizit wächst ins unheimliche. Die Regierung mußte die Kreditforderungen von 78 Milliarden auf 220 erhöhen, um einige Monate weiter wirtschaften zu können. An eine Kredithilfe von Seiten des Auslandes glaubt heute in Oesterreich kein Mensch mehr. Seit 1919 hat die Österreiche Deutsch-Oesterreich Kredite verprochen. Aber nur England und die Tschechoslowakei haben eine geringe Summe, die einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Unterdessen schreit der Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft immer lauter. Engländer kamen in Scharen, um Millionenwerte gegen fast ein Nichts zu erwerben. Ein Ausverkauf großen Stiles begann, dem bei der Verelendung der Bevölkerung nichts entgegenzusetzen war. Die Industrie ist geschlossen, ihren Besitz zu verkaufen. Sie kann nicht produktiv arbeiten, wenn sie die Notwendigkeit, vor allem die Kohle aus Ländern mit bedeutend höherer Saluta beziehen muß, wenn sie ihre alten Absatzmärkte durch die Erziehung von Zollgrenzen verloren hat. Der größte Teil der Nahrungsmittel, die Oesterreich benötigt, muß eingeführt werden und ihre Preise richten sich ganz nach dem Stand der Krone.

Deutsch-Oesterreich ist in jeder Beziehung vom Ausland gänzlich abhängig und kann daher in seiner angestrebten Selbständigkeit nicht bestehen. Der Staat dem bedrängten Staat Hilfe bringen, am wenigsten finanziell. Uns fällt selbst die Hände gefesselt und der Verfallener Vertrag, der Besitz ist, verbietet uns den Einfluß Deutsch-Oesterreichs. Das aber kann uns nicht hindern, Formen eines wirtschaftlichen Zusammenflusses zu finden und durchzuführen. Der Plan des Nationalrats Bauer aus Wien, eine reichsweite österreichische Währungsunion herbeizuführen, wird eingehend zwischen beiden Ländern wäre denkbar, die der deutschen Wirtschaft neue Kräfte zuführen und in diese Richtung die österreichische vor dem Untergang rettet. Wir tragen die Mitverantwortung dafür, daß wir an dem Tage, da auch die nationalen Grenzen zwischen beiden Ländern fallen, ein Oesterreich vorfinden, das nicht vernichtet ist, sondern seiner Wiedergeburt entgegensteht. D. Sch.

Es wird fortgewürfelt.

Das Ergebnis der Londoner Besprechungen. Ministerpräsident Poincaré ist Montag von seinem Londoner Besuch zurückgekehrt. Seine Unterredung mit Lloyd George, die er nach dem Frühstück am Nachmittag gehabt hatte, dauerte vier Stunden. Weiter meldet halbamtlich zu dieser Unterredung: Die englische Meinung in der Wiedergutmachungsfrage hält es augenblicklich für unmöglich, die benötigte Summe der deutschen Schuld zu bestimmen. (?) Es muß

eine neue Untersuchung der deutschen Finanzlage durch die Reparationskommission vorausgehen. Es soll untersucht werden, ob und was Deutschland zunächst ohne äußere Anleihe für die Ordnung seines Budgets — durch Verringerung der Ausgaben, Erhöhung der Steuern, innere Anleihen — allenfalls noch tun kann. Vor Abschluß dieser Untersuchung können Zwangsmaßnahmen, die künftighin überhaupt ohne vorherige Befragung zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten ins Auge gefaßt werden sollen, nicht in Frage.

Eine neue Zusammenkunft in London. Poincaré erklärte Pressevertretern über das Ergebnis der Unterredung, daß in der Reparationsfrage

niges unternommen werden wird, bis die neue Unterredung der A.-R. abgeschlossen ist. Lieber den dann zu erhaltenden Bericht der A.-R. wird Ende Juli in London bei einer Zusammenkunft Beschluß gefaßt werden, an der Lloyd George, Poincaré, Schanzer für Italien und ein Vertreter Belgiens teilnehmen. Es werde aber kein „Oberster Rat“ sein.

Frankreich bleibt im Haag.

Weiter erklärte Poincaré, daß der Beschluß Frankreichs, an der Haager Konferenz weiter teilzunehmen, Lloyd George sehr gefreut habe. Poincaré sagte, Lloyd George erpöffe sehr nichts mehr von der Haager Beratung mit dem Haagen (?) da durch die Erhaltung Belgiens die Verantwortlichkeiten und Unvermeidlichkeiten in Moskau die Oberhand erhalten hätten.

Aus den weiteren Mitteilungen Poincarés ging hervor, daß die Orient-Gelegenheiten Englands und Frankreichs unüberbrückbar geblieben sind. Alle diese Probleme, so Poincaré, müssen zuerst geregelt werden, dann erst kann an den Beschluß des englisch-französischen Rates gedacht werden.

Gegen die Schuldflüge.

Die Kundgebungen vom 28. Juni.

Die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ teilt mit:

Die sozialistische Presse veröffentlicht einen Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei, wonach die für den 28. Juni beabsichtigten Kundgebungen vaterländischer Verbände gegen den Verfallener Vertrag als „militaristische, monarchistische, nationalistische“ verächtlich und deshalb die sozialdemokratischen Parteigänger sogar zu Gegenkundgebungen aufgefordert werden. In dem Beschluß werden als Veranstalter solcher „nationalistischer“ Kundgebungen einseitig der Nationalverband deutscher Offiziere und die „nationalen Verbände ehemaliger Soldaten“ bezeichnet.

Wir stellen demgegenüber fest: Nicht die genannten Verbände, sondern die Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung, der sie neben vielen anderen angehören, im Bunde mit der Zentralfelle vaterländischer Verbände und der Nationalen Einheitsfront veranlaßt die Kundgebungen. Das angegebene Unrecht, das uns mit dem Verfallener Vertrag und der Schuldflüge angetan wird, am Tage des sog. Friedensschlusses erneut aller Welt klarzulegen. Die Arbeitsgemeinschaft mit allen ihren Verbänden und die anderen Organisationen, die an diesen Kundgebungen teilnehmen, sehen nach diesem Wissen diese Frage als Volksfrage an, von der sie erhofft hatten, daß sie von allen Parteien gleichmäßig aufgegriffen werden würde. Die Arbeitsgemeinschaft ist unmittelbar und durch Vermittlung einer neutralen Stelle auch an sozialistische Organisationen mit dem Ersuchen um Beteiligung an den Kundgebungen herangetreten, ohne aber Entgegenkommen zu finden. Wir rufen alle deutschen Männer und Frauen aller politischen Richtungen, die vernünftig, ehrlich und eifrig genug sind, in dieser Frage zusammenzutreten, auf, an den Versammlungen, die noch durch Plakate bekanntgegeben werden, mit alter deutscher Begeisterung teilzunehmen.

Deutsches Reich.

21. Juni 1922.

Die Verhandlungen mit dem Garantienkomitee. Am Sonntag ist bekanntlich das Garantienkomitee der Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Montag trat das Reichsministerium zusammen, um sich über die Wege zu unterhalten, die bei den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee eingeschlagen werden sollen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man rednet damit, daß verhandelt wird über die Frage der Finanzkontrolle, Kapitalverkehr und Devisenkontrolle und über die Frage der Staatsschuld. Dienstag hatten die Mitglieder des Garantienkomitees dem Reichsminister, dem Reichsaussenminister und dem Reichsfinanzminister Besuche ab. Die offiziellen Verhandlungen begannen Mittwoch.

Das Volksbegehren in Sachsen. Für das Volksbegehren in Sachsen sind in Dresden-Stadt 115 748, in Leipzig-Stadt 113 715 und in Chemnitz-Stadt

55 198 Stimmen abgegeben. Da nur rund 296 000 Stimmen erforderlich sind, haben allein diese drei Städte diese Stimmenzahl nahezu allein aufgebracht, jedoch mit abnehmend der doppelten Stimmenzahl gerechnet werden kann. Staatspartei (Mittelschicht) Dresden-Stadt 15 810, Staatspartei Chemnitz 12 652, Zittau-Stadt 6 710, Meißner 2 712 und Plauen i. S. 20 900 Stimmen auf. Diese Zahlen, die alle sozialistischen Berechnungen über den Saufen werfen, dürften im Verein mit zwei bedeutenden Niederlagen der Regierung im Landtage auf die Entschlüsse der Regierung nicht ohne Einfluß bleiben.

Das Schicksal der „Lusitania“. Von deutscher nationaler Seite wurde im Reichstag folgende Anfrage gestellt: „Eine eigens zu diesem Zwecke gegründete amerikanisch-englische Gesellschaft wird in nächster Zeit herkommen, das von deutschen U-Booten herenterte Schiff „Lusitania“ zu heben. Nach zuverlässigen Mitteilungen soll dabei beschäftigt sein, die in dem Schiff befindliche Ladung an Munition, Torpedos und zwei U-Boote unbeschadet zu beiseitigen. Die Verwertung der „Lusitania“ hat feinerzeit hauptsächlich drei bezugnehmend, gegen Deutschland Stimmung zu machen, und es ist vor allem dazu ausgemittelt worden, um das amerikanische Volk in den Krieg zu heben. Es besteht deshalb ein besonderes Interesse, nachzuweisen, daß die Verwertung von U-Booten bestimmte Nachrichten hatte, daß das Schiff unter der Hand abgeführt wurde. Ist die Reichsregierung bereit, Schritte zu unternehmen, damit während der ganzen Dauer der Hebung des Schiffes und der Behebung der Ladung sachverständige deutsche Beamte zugegen sind?“

Auf dem Leipziger Kongress der freien Gewerkschaften wurde nach Begrüßungsansprachen — u. a. sprachens Arbeitsminister Dr. Braun — über seine Gewerkschaftspolitik und Reichsminister Schmitt über die Anstandsfrage des Achtungstages — der Bundesvorsitzende Theodor Schütz zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Er ergriffte darauf den Vorsitz des Bundesvorstandes. Er gedachte zunächst der Obersee-Liefer, die in diesen Tagen endgültig vom Reichs-Lieferanten werden und widmete ihnen namens des Gewerkschaftsbundes herzliche Aufmerksamkeiten. Der Redner wies dann die Schwierigkeit zurück, die dem Bundesvorsitzenden wegen seiner Haltung beim letzten Eisenbahnerstreik gemacht worden sind. Der Vorstand stehe auf dem Standpunkt, daß ein Streik der Eisenbahner nur zulässig sei, nachdem auch die letzten Verhandlungsmittel erschöpft seien. Im weiteren betonte Schütz den entschlossenen Willen der Gewerkschaft, der Arbeiter und etwa nicht zu üben, auch nicht zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Bei der Durchführung der Reparationen ohne Befestigung des Achtungstages nicht möglich, dann müßten eben die Reparationen mit der achtungsvollen Arbeitszeit in Einklang gebracht werden. Der Bericht fand starken Beifall. Die Aussprache über den Bericht begann Dienstag.

Die Spaltung des deutschen Beamtenbundes. Die am Sonntag in Leipzig vollzogene Gründung eines Beamtenbundes aus freigeberkschaftlicher Grundlage hat die erwartete Krisis im deutschen Beamtenbund zur Auslösung gebracht. Der Sachverhalt des Deutschen Beamtenbundes trat Mittwoch und Donnerstag in Berlin zusammen, um zu der neugegründeten Lage Stellung zu nehmen. Dem neugegründeten Allgemeinen deutschen Beamtenbund werden vor allem angehören die Reichspostgewerkschaft, die unteren und mittleren Justizbeamten, der Allgemeine Verband der Postangestellten, die unteren und mittleren Verwaltungsbeamten und die Mehrzahl der Wertmeister.

Am die russische Botschaft in Berlin.

Berlin, 20. Juni. Die Uebergabe des russischen Postfachgebäudes in Berlin an die Sowjetregierung ist noch nicht erfolgt. Der deutschen Regierung stehen in Moskau die drei von ihr bezüglichen Gebäude weiter zur Verfügung, so lange, bis die deutsche Botschaft in Petersburg von der Sowjetregierung wieder hergestellt worden ist.

Deutscher Anleihe.

Berlin, 20. Juni. Im Steueranschluß des Reichstages führte Abg. Dr. Heffler (DnL) zur Frage der Anleihe aus: „Angegriffen ist die Anleihebestimmung der Regierung. Die Anleihe ist nichts anderes als ein Attentat

Im Landreise Weiskens sind im Monat Mai d. J. als Gemeindebeamte gewählt bzw. bestellt und von mir be-
stätigt worden:

A. als Gemeindevorsteher:

Neuwahl: der Landwirt Edwin Jauch in Gollstz,
der Landwirt Kurt Wahren in Lupig.
Wiederwahl: der Landwirt Albert Kitzel in Dornien,

B. als Stellv. Schöffe:

Neuwahl: der Maurer Konrad Berthold in Thierbach,
der Landwirt Albin Böhme in Bindau,
der Landwirt Karl Rudolph in Willschütz.

C. als Steuerzahler:

der Hausbesitzer Eduard Pfeiffer in Pflenschütz
der Kaufmann Kurt Birnstein in Nüchters,
der Bergarbeiter Theodor Keller in Neutischen.
Weiskens, den 12. Juni 1922.

S. W. 49 Der Landrat.

Brotmarken-Ausgabe.

Am Freitag, den 23. Juni 1922 nachm. von 2-3
Uhr werden in den Bezirksstellen die Brotmarken für
die Zeit vom 26. Juni bis 9. Juli 1922 ausgegeben.
Leuchtern, den 19. Juni 1922.

Der Magistrat.

J. R.: Gröbe, Beigordneter.

Wiesenverpachtung.

2 Morgen exzell. Wiese in Flur Unterwieschen
soll Freitag, den 25. 6. 1922 vormittags 9 Uhr in
„Hejme's Lokale“ verpachtet werden.

Wilhelm Dobisch,
Unterwieschen.

Achtung!

Handwerker und Gewerbetreibende

Das Steuersyndikat G. m. b. H., Leipzig
Berlin-München veranstaltet durch seinen Vertreter
einen einmaligen Vortrag über die Themen:

Sind Steuerersparnisse möglich?

Wie schütze ich mich vor Übersteuerung?
im „Hotel zum Löwen“ am Donnerstag, d. 22. d. M.
abds. 8 Uhr.

Konsum-Verein Hohenmölsen-Leuchtern.

Für unsere Schnittwarenabteilung in Leuchtern stellen
wir sofort eine jüngere, tüchtige

Verkäuferin

ein. Meldungen sind schriftlich im Vereinskontor zu Hohen-
mölsen bis 26. Juni er. einzureichen.

Der Vorstand.

Achtung!

Empfehle Freitag zum Wochenmarkt in Leuchtern:

Tafelmargarine

in Pfund-Wäsceln nur frische Ware am besten preis-
wert folgende Marken:

Tafelstolz Pf. nur
Küchenzauber
Aktina
Prima
Gar. reines amerik. Schweineschmalz

36 Mk.

a Pf. 53.— Mk.

Prima Pfannenmus Pf. 12 Mk.

Prima Rangoon-Vollreis a Pf. 11 Mk.

Prima Graupen Pf. 11 Mk.

Große frische Zitronen Stk. 6 Mk.

Delikateß-Zettherige Stk. 4 Mk.

Salzheringe Stk. 150 Mk.

Becker.

Nur noch diesen Monat
kaufe ich

Rot-, Weißwein, Cognat-, Sekt-
und Bordeauxflaschen,
Literflaschen und 1/3 Weinflaschen

kaufst ständig und höchstzahlend

H. Birnbach, Weiskens a. S.,
Fernruf 146.

Einkaufsstelle für Leuchtern und Umgegend:

H. Sawinsky, Leuchtern, Probsteistraße.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! Nur 3 Tage!

Freitag, d. 23. Sonnabend, d. 24. und
Sonntag, d. 25. Juni

Der erstklassige Fortsetzungsfilm

Der heilige Haß

2. Teil und Schluß betitelt

Die Flucht vor dem Tode.

Dazu

Der Abenteurer

Delektodrama in 6 Akten.

Vorführung 6.30 und 9 Uhr.

Schützenverein Gröben.

Unser dreißigjähriges

Vogelschießen

findet Freitag und Montag, den 25. und
26. Juni in üblicher Weise statt.

Los-Inhaber haben für beide Tage für zwei Per-
sonen freien Eintritt in das Ball-Lokal.

Sonntag von nachm. 4 Uhr ab u. Montag von
7 Uhr ab Ball.

Um gütigen Beisatz bitten

Rob. Koch, Gastwirt. Der Schützenverein.



Helvetia
Vierfrucht-Marmelade
aus frischen Früchten und
Kristallzucker hergestellt
empfiehlt
Rob. Näther.



**Seifenspulver
Schneekönig**

garantiert sauerstofffrei,
greift daher die Wäsche nicht an.

Rindlederbandalen
braun u. schwarz, Größe 22-46,

Segeltuchschuhe
massive Ledersohle 25-45

Dachdeckerschuhe,
Hausschuhe
für Damen und Herren,

Spangenschuhe,
Lederpantoffeln,
Cord- und Plüsch-
pantoffeln

La Ledersohle, 55.— Mk.

empfiehlt noch zu vorteil-
haften billigen Preisen

Ab. Rärmer's Wm.

Zeitstr. 14.

eingetroffen bei D. Bieferenz.

Zettpapier

eingetroffen bei D. Bieferenz.

Rhabarber

verkauft Freitag
Rittergut Leuchtern.

Tüchtiges, ehrliches
Dienstmädchen

bei guter Kost u. hohem Lohn
sofort od. i. Juli gesucht.

Rohland, Weiskens,
Marienstr. 48 L.

frisch verlesene

Speisekartoffeln

(Lp. do. bite) und Stroh ver-
kauft Schützenstr. 25.

Täglich

frisch g. pflüct

Kirschen

Max Schmidt,
Bahnhofstr.

Spurlos
verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten und
Hautausschläge, wie Bläschen,
Milchseer usw. durch täglichen Ge-
brauch der selben

Stechenpferd-
Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radbeul
Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parf. im.

Kopfläuse mit
Brut

löset sicher „Juckrol“ fest
vielen Jahren bewährt. Nur
erhältlich bei H. Bohl.



Zur
Einmachzeit

empfehle ich zu
äußerst günstigen
Preisen:

REX

Einkochapparate, Einmachgläser, Gummiringe.
Rob. Näther.

Gasthof Runthal.

Sonntag, den 25. Juni

BANNER-WEIHE

des Arbeiter-Radfahrer-Vereins
Gröben-Runthal.

Hierzu laden freundlichst ein
der Wirt, der Festausschuß.

Gasthof Meineweh.

Zum

Schützenfest

Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Juni

laden freundlichst ein

der Wirt, der Schützenverein.

An beiden Tagen Konzert und Ball.

Aufsichtskarten

empfiehlt D. Bieferenz.

Gratulationskarten

empfiehlt

D. Bieferenz.

Nachruf!

Durch Unglücksfall starb am 17. Juni un-
ser werter Vereins-Wirt!

Paul Angermann

im Alter von 29 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken
bewahren.

Der Arb.-Radfahr.-Verein Gröben-Runthal,

„ „ Gesang-Verein „ „

„ „ Turn-Verein „ „

Die Schiessgesellschaft Gröben-Runthal,

Rauchklub „Einigkeit“, Runthal,

Burschenvereinigung, Runthal,

Kegelklub, Runthal.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsspaltige Kopfszeile 1,30 RM., Restzeile 4,50 RM.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Pöppersstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Schicht wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 8.— RM. oder unsere Boten (als Haus) gebracht 8,00 RM. Einzelnummer 65 Hg.

Retrieval und sonstige Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Pöppersstraße 10, nach von unseren Boten nach allen Postanstalten angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 72

Donnerstag, den 22. Juni 1922.

61. Jahrgang

Die Not Deutsch-Oesterreichs.

Die letzten Nachrichten, die aus Wien zu uns gelangen, haben gezeigt, daß der selbständige Staat Deutsch-Oesterreich im Sterben liegt. Wenn auch auf Seiten derer, die in freiwilliger Inverantwortlichkeit den Deutsch-Oesterreichischen Staat schufen, die Meinung bestand, daß dieses künstliche Staatsgebilde von Bestand sei, so sind je heute angesichts der katastrophalen Entwertung der österreichischen Währung eines anderen belehrt worden. Die österreichische Krone hat einen Tiefstand erreicht, der nur noch dem russischen Sowjetrußland übertrifft wird. Am Ende des vergangenen Jahres notierte der Dollar noch 5200 Kronen; heute notiert er 16 000 Kronen; die tschechische Krone 330 gegenüber 80 Kronen im vergangenen Jahre. Das Staatsdefizit beträgt ins unermessliche. Die Regierung mußte die Kreditforderungen von 78 Milliarden auf 230 erhöhen, um einige Monate weiter durchzukommen zu können. An eine Kredithilfe von Seiten des Auslandes glaubt heute in Oesterreich kein Mensch mehr. Seit 1919 hat die Entente Deutsch-Oesterreich Kredite verprochen. Aber nur England und die Tschechoslowakei gaben eine geringe Summe, die einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Andererseits schritt der Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft weiter fort. Engländer kamen in Scharen, um Millionenwerte gegen fast ein Nichts zu erwerben. Ein Ausverkauf großen Stiles begann, dem bei der Verelendung der Bevölkerung nichts entgegenzusetzen war. Die Industrie ist gesunken, ihren Besitz zu verkaufen. Sie kann nicht produktiv arbeiten, wenn sie die Rohstoffe, vor allem die Kohle aus Ländern mit bedeutend höherer Valuta beziehen muß, wenn sie ihre alten Absatzmärkte durch die Errichtung von Zollgrenzen verloren hat. Der größte Teil der Nahrungsmittel, die Oesterreich benötigt, muß eingeführt werden und ihre Preise richten sich ganz nach dem Stand der Krone.

Deutsch-Oesterreich ist in jeder Beziehung vom Ausland gänzlich abhängig und kann daher in seiner gegenwärtigen Situation nie ein selbständiger Staat sein. Wir können im gegenwärtigen Augenblick schwer dem bedrängten Staat Hilfe bringen, am wenigsten finanziell. Uns sind selbst die Hände gefesselt und der Versailles Vertrag, der Gesetz ist, verbietet uns den Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Das aber kann uns nicht hindern, Formen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu finden und durchzuführen. Der Plan des Nationalrats Bauer aus Wien, eine deutsch-österreichische Währungsunion herbeizuführen, wird eingehend diskutiert werden müssen. Aber auch eine Zollunion zwischen beiden Ländern wäre denkbar, die der deutschen Wirtschaft neue Kräfte zuführen imstande ist und die österreichische vor dem Untergang rettet. Wir tragen die Mitverantwortung dafür, daß wir an dem Tage, da auch die staatlichen Grenzen zwischen beiden Ländern fallen, ein Oesterreich vorfinden, das nicht vernichtet ist, sondern seiner Wiedergeburt entgegenzwelet. D. Sch.

Es wird fortgewürfelt.

Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen. Ministerpräsident Poincaré ist Montag von seinem Londoner Besuch zurückgekehrt. Seine Unternehmung mit Lloyd George, die er nach dem Festbankett am Nachmittag gehabt hatte, dauerte vier Stunden. Weiter meldet halbamtlich zu dieser Unternehmung: Die englische Meinung ist nunmehr die, daß die endgültige Summe der deutschen Schuld zu bestimmen ist. Es muß eine neue Untersuchung der deutschen Finanzlage durch die Reparationskommission vorauszugehen. Es soll unterzucht werden, ob und was Deutschland zunächst ohne äußere Hilfe für die Durchführung eines Budgets durch Verringerung der Ausgaben, Erhöhung der Steuern, innere Anleihen — allenfalls noch innere Anleihe vor Abschluß dieser Untersuchung kommen Zwangsmaßnahmen, die künftighin überhaupt ohne vorherige Verhandlung zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten ins Auge gefaßt werden sollen, nicht in Frage.

Eine neue Zusammenkunft in London. Poincaré erklärte Pressedirektoren über das Ergebnis der Unternehmung, daß in der Reparationsfrage

man's unternommen werden wird, bis die neue Untersuchung der A.-R. abgeschlossen ist. Aber den dann zu erstellenden Bericht der A.-R. wird Ende Juli in London bei einer Zusammenkunft Beschlüsse gefaßt werden, an der Lloyd George, Poincaré, Schanzer für Italien und ein Vertreter Belgien's teilnehmen. Es werde aber kein „Oberster Rat“ sein.

Frankreich bleibt im Saag.

Weiter erklärte Poincaré, daß der Beschluß Frankreichs, an der Haager Konferenz weiter teilzunehmen, Lloyd George sehr gefreut habe. Poincaré sagte, Lloyd George erpöffe selbst nichts mehr von der Haager Beratung mit den Russen (?), da durch die Erkrankung Dennis die Inverantwortlichen und Unzulänglichen in Moskau die Oberhand erhalten hätten.

Aus den weiteren Mitteilungen Poincarés ging hervor, daß die Orient-Gegensätze Englands



in unmittelbarer und durch Vermittlung einer neutralen Stelle auch an spezialisierte Organisations mit dem Ertragen um Beteiligung an den Verhandlungen heranzutreten, ohne aber Entgegenkommen zu finden.

Wir rufen alle deutschen Männer und Frauen aller politischen Richtungen, die vernünftig, ehrlich und einseitig genug sind, in dieser Frage zusammenzukehen, um an den Verhandlungen, die noch durch Plakate befeuert werden, mit aller deutschen Begeisterung teilzunehmen.

Deutsches Reich.

21. Juni 1922.

Die Verhandlungen mit dem Garantienomitee. Am Sonntag ist bekanntlich das Garantienomitee der Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Montag trat das Reichsministerium zusammen, um sich über die Wege zu unterhalten, die bei den Verhandlungen mit dem Garantienomitee eingeschlagen werden sollen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man rednet damit, daß verhandelt wird über die Frage der Finanzkontrolle, Kapitalfluß und Devisenkontrolle und über die Frage der Staatsfisk. Dienstag hinteren die Mitglieder des Garantienomitees dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister Besuche ab. Die offiziellen Verhandlungen begannen Mittwoch.

Das Volkstreffen in Sachsen. Für das Volkstreffen in Sachsen wurden in Dresden-Stadt 115 748, in Leipzig-Stadt 113 715 und in Chemnitz-Stadt

55 198 Stimmen abgegeben. Da nur rund 296 000 Stimmen erforderlich sind, haben allein diese drei Städte diese Stimmenzahl nahezu allein aufgebracht, sodaß mit annähernd der doppelten Stimmenzahl gerechnet werden kann. Waischaupmannschaft Dresden-Mittstadt brachte 8898, Waischaupmannschaft Dresden-Mittstadt 15 810, Waischaupmannschaft Chemnitz 12 652, Jittau-Stadt 6710, Meißel 2712 und Plauen i. S. 20 900 Stimmen auf. Diese Zahlen, die alle sozialistischen Berechnungen über den Saufen werfen, dürften im Verein mit zwei bedeutsamen Niederlagen der Regierung im Landtage auf die Einschätzung der Regierung nicht ohne Einfluß bleiben.

Das Schicksal der „Lusitania“. Von deutscher Seite wurde im Reichstag folgende Anfrage gestellt: „Eine eigens zu diesem Zwecke gegründete amerikanisch-englische Gesellschaft wird in nächster Zeit versuchen, das von deutschen U-Booten versenkte Schiff „Lusitania“ zu heben. Nach zuverlässigen Mitteilungen soll dabei beabsichtigt sein, die in dem Schiff befindliche Ladung an Munition, Torpedos und zwei U-Boote und ein U-Boot zu befreien. Die Versenkung der „Lusitania“ hat seinerzeit hauptsächlich dazu beigetragen, gegen Deutschland Stimmung zu machen, und es ist vor allem dazu ausgenutzt worden, um das amerikanische Volk in den Krieg zu ziehen. Es besteht deshalb ein besonderes Interesse, nachzuweisen, daß die Versenkung vollständig zulässig war, weil die deutsche Regierung bestimmte Nachrichten hatte, daß das Schiff Kontorbeute an Bord führte. Ist die Reichsregierung bereit, Schritte zu unternehmen, damit während der ganzen Dauer der Hebung des Schiffes und der Bergung der Ladung fahrbereitende deutsche U-Boote zurückgelassen werden?“

Das dem Reichstag Kongreß der freien Gewerkschaften wurde nach Begleichungsanfragen — u. a. von Reichsarbeitsminister Dr. Braun's über seine Gewerkschaftspolitik und Reichsminister Schimidt über die Unantastbarkeit des Achtundzestages — der Bundesvorsitzende Theodor Veitart zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Er ersuchte darauf den Bericht des Bundesvorsitzenden. Er gedachte zunächst der Obererklärte, die in diesen Tagen endmüßig vom Reichs losgerissen werden und widmete ihnen namens des Gewerkschaftsbundes herzliche Abschiedsworte. Der Redner wies dann die Verantwortung zurück, die dem Bundesvorsitzenden wegen seiner Haltung beim letzten Eisenbahnerstreik gemacht worden sind. Der Vorstand sehe auf dem Standpunkt, daß ein Streik der Eisenbahner nur zulässig sei, nachdem auch die letzten Verhandlungsmittel erschöpft seien. Im weiteren betonte Veitart den entschlossenen Willen der Arbeiterklasse, den Achtundzestag nicht zu weichen, auch nicht zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Bei der Durchführung der Reparationen ohne Beteiligung des Achtundzestages nicht möglich, dann müßten eben die Reparationen mit der abschließenden Arbeitszeit in Einklang gebracht werden. Der Bericht fand großen Beifall. Die Ansprache über den Bericht begann Dienstag.

Die Spaltung des deutschen Beamtenbundes. Die am Sonntag in Leipzig vollzogene Gründung eines Beamtenbundes aus freigewerkschaftlicher Grundtatsache hat die erwartete Krise im deutschen Beamtenbund zur Auslösung gebracht. Der Hauptvorstand des Deutschen Beamtenbundes trat Mittwoch und Donnerstag in Berlin zusammen, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Dem neugegründeten Allgemeinen deutschen Beamtenbund werden vor allem angehören die Reichspostgewerkschaft, die unteren und mittleren Justizbeamten, der Allgemeine Verband der Postangestellten, die unteren und mittleren Verwaltungsbeamten und die Mehrzahl der Werksmeister.

Im russische Vorkauf in Berlin. Berlin, 20. Juni. Die Uebergabe des russischen Vorkaufsgeldes in Berlin an die Sowjetregierung ist noch nicht erfolgt. Der deutschen Regierung stehen in Moskau die drei von ihr bemittelten Gebäude weiter zur Verfügung, so lange, bis die deutsche Vorkauf in Petersburg von der Sowjetregierung wieder hergestellt worden ist.

Verzicht über die Zwangsanleihe. Berlin, 20. Juni. Am Steueransatz des Reichstages führte Abg. Dr. Helfferich (DnL) zur Frage der Zwangsanleihe u. a. folgendes aus: „Unbegreiflich ist die Zwangsanleiheentwurf der Regierung. Die Zwangsanleihe ist nichts anderes als ein Attentat